

Heinz-Elmar Tenorth

1933 – der Nationalsozialismus und die Universität zu Berlin¹

Ein Rückblick auf das Jahr 1933 macht unübersehbar bewusst, dass die Geschichte der Universität zu Berlin – damals: die Friedrich-Wilhelms-Universität, heute die Humboldt-Universität – eine Überlieferung präsentiert, in der sich eine zweifellos und bis heute aus guten Gründen bewahrenswerte Tradition mit einem historischen Erbe vereint, das höchst belastet und bis heute eindeutig belastend ist. 1933 zeigt auch, dass von dieser so ambivalenten Überlieferung die gesamte Universität betroffen ist, Professoren und Studenten, akademische Gremien und universitäre Ämter, Rektor und Senat genauso wie die einzelnen Fakultäten und Disziplinen, ganz ohne leuchtende Ausnahmen. 1933 zeigt auch: Diese belastende Überlieferung betrifft nicht allein das politische Verhalten der Akteure in der Universität, sondern auch die Praxis der universitären Arbeit in ihrem Kern, in Lehre und Forschung, in der studentischen und theoretischen Praxis, im Ethos der wissenschaftlichen Arbeit, in den Prinzipien einer *societas magistrorum et scholarium*. Die Erwartung der Gründer, dass Bildung durch Wissenschaft nicht nur belehrt, sondern zugleich moralisiert, findet 1933 jedenfalls keine Stütze.

In dem Komplex von Ereignissen, die sich seit dem Januar 1933 drängen, ist die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933, vor der Universität auf dem Opernplatz, nur ein Ereignis neben anderen, sie ist auch nicht zuerst ein Ereignis der gesamten Universität, sondern primär der NS-Studentenschaft im Bündnis mit einzelnen Professoren, der SA und, später in der Nacht, dem Reichspropagandaminister Joseph Goebbels. Das ganze Elend der Universität zeigt sich deshalb auch erst, wenn man die Vorgeschichte und den Kontext betrachtet, in den die Bücherverbrennung als besonders signifikantes Ereignis eingelagert ist. Drei Themen und Ereignisse wähle ich deshalb exemplarisch neben der Bücherverbrennung aus: die Anfang April 1933 einsetzende, reichsweite, studentische Agitation „Wider den undeutschen Geist“ und dabei, für Berlin, die Rolle des Rektors und einiger Professoren in diesem Zusammenhang, die Folgen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4. 1933 sowie, in einem Vorgriff auf die weitere Geschichte bis 1945, die Tatsache, dass die Universität, jetzt vor

¹ Vortrag anlässlich der Konzilssitzung der Universität am 6.5.2013.

allem ihre Professoren, mit ihrer eigenen wissenschaftlichen Praxis unmittelbar an NS-Verbrechen beteiligt waren, nicht nur reflexiv und legitimatorisch begleitend, sondern auch unmittelbar als Täter. Dabei wird sich, schließlich, auch erweisen, dass Resistenz oder auch nur sichtbare Nicht-Zustimmung, gar politisch oppositionelles Verhalten oder aktive Widerständigkeit von 1933 an eher die seltene Ausnahme an der Universität waren.

Bevor ich beginne, muss ich nachdrücklich und mit Dank betonen, dass ich heute diesen kurzen Vortrag im Wesentlichen nur halten kann, weil die Autoren der neuen Universitätsgeschichte in Band 2 – für die Biografie der Institution - und in Band 5 – für die Praxis der Disziplinen - das Thema mit der nötigen Ausführlichkeit behandelt haben.

(1) „Wider den undeutschen Geist“

Die Aktion „Wider den undeutschen Geist“ setzte Anfang April 1933 reichsweit ein, als eine Aktion der nationalsozialistisch beherrschten „Deutschen Studentenschaft“.² Sie plakatierten, in Berlin allein mit mehr als 900 Plakaten, ihre 12 Thesen, die um die 4. These zentriert sind. „Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude, und der, der ihm hörig ist.“ Das Pamphlet mündet in die Forderung von These 12. „Wir fordern die deutsche Hochschule als Hort des deutschen Volkstums und als Kampfstätte aus der Kraft des deutschen Geistes.“ In Berlin, aber auch in der deutschen Rektorenkonferenz, werden diese Thesen zwar nach ihrem Inhalt im Wesentlichen nicht kontrovers diskutiert, aber doch in ihrem agitatorischen Charakter gesehen und z.T. deswegen – freilich in ganz eigenartiger Weise - problematisiert. Der Berliner Rektor z.B., Eduard Kohlrusch, ein Jurist, lehnt insofern zwar eine Plakatierung in der Universität ab, aber nicht etwa, weil er die Thesen verurteilt, sondern weil die Thesen fünf und sieben für ihn „Übertreibungen“ sind, „die nur geeignet seien, den Kampf gegen den undeut-

² Vgl. dazu Christoph Jahr: Die nationalsozialistische Machtübernahme und ihre Folgen. In: Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden, Band 2, Berlin 2012, S. 295-324, bes. S. 299ff., danach hier die Zitate in Klammern im Text. Ein Abdruck des Plakats auch im Katalog zur Ausstellung anlässlich des 200-jährigen Jubiläums: Ilka Thom und Kirsten Weining, in Zusammenarbeit mit Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): Mittendrin. Eine Universität macht Geschichte. Berlin 2010, S. 239. Für das Thema insgesamt: Werner Treß: „Wider den undeutschen Geist!“ Bücherverbrennung 1933. Berlin 2003.

schen Geist zu diskreditieren, nicht aber ihn zu fördern.“³ Er argumentiert also hier, wie er später selbst einräumte, nicht gegen das „Ziel“ des Plakats, sondern attackierte es „in seiner Kampfsmethode“ (301). Vergleichbar und diese Tendenz bestätigend hatte er bereits auf der Rektorenkonferenz am 12.4. Kohlrausch über die amtliche Ausgrenzungspolitik gegenüber jüdischen Gelehrten gesagt: „Die Verjudung ist gekommen, weil man sich nicht entgegengestellt hat.“ (300), und in einem Bericht an das Ministerium zeigte er sich ausdrücklich einverstanden mit dem Programm der „Entjudung“ der Hochschulen (301).

Eine vergleichbare, pseudokritische und zugleich legitimierende Verharmlosung der Aktionen der Studentenschaft stammt von dem Philosophen und Pädagogen Eduard Spranger, der für die Rektorenkonferenz in Würzburg eine Stellungnahme vorbereitet hatte. Er sagte schon im Oktober 1932 in Danzig ausdrücklich, dass er „die Bewegung der nationalen Studenten noch im Kern für echt, nur in der Form für undiszipliniert hielt“⁴; mit der Erklärung der Hochschulen vom 21./22.4. 1933, die er selbst inspiriert hatte, sah er sich in seiner Distanz gegen „das diktatorische Regiment, das die offizielle Studentenschaft innerhalb der Universität übte“ bestätigt. Spranger versicherte aber gleichzeitig in einem Brief vom 28.4. – als ihn die Öffentlichkeit wegen seines Entpflichtungsgesuchs anlässlich der Baeumler-Berufung schon als widerständig gegen das NS-Regime codieren wollte - an den Wissenschaftsminister Rust seine volle Unterstützung „zu dem neuen Staat“, ja er sagte ausdrücklich: „ich habe in keiner Weise sagen wollen, daß ich dem neuen Staat und der neuen Staatsführung mit meinem Gewissen nicht folgen könne.“ Einige Tage später, als seine Entlassung nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums drohte, versicherte er in einer Unterstützungsbitte an den Vizekanzler Papen sogar, dass er nicht nur zum „Führer der nationalen

³ These fünf lautet: „Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er. Der deutsche, der deutsch, schreibt, aber undeutsch denkt, ist ein Verräter! Der Student, der undeutsch spricht und schreibt, ist außerdem gedankenlos und wird seiner Aufgabe untreu.“
These sieben: „Wir wollen den Juden als Fremdling achten, und wir wollen das Volkstum ernst nehmen. Wir fordern deshalb von der Zensur: Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in deutsch, sind sie als Übersetzungen zu kennzeichnen. Schärfstes Eingreifen gegen den Mißbrauch der deutschen Schrift. Deutsche Schrift steht nur Deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt.“

⁴ Diese Zitate nach meinem Beitrag: Heinz-Elmar Tenorth: Eduard Sprangers hochschulpolitischer Konflikt 1933. Politisches Handeln eines preußischen Gelehrten. In: Zeitschrift für Pädagogik 36 (1990), S. 573-596.

Erhebung, Herrn Adolf Hitler,“, sondern auch „zu dessem großen Werk für das deutsche Volk ... mit innerster Überzeugung und Treue ja sage“.⁵

Eine eindeutige Absage an Programm und Ziel der studentischen Aktionen aus der Universität heraus fehlt jedenfalls, etwa so, wie schon im März 1933 Albert Einstein seine Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften aufgekündigt hatte, oder so, wie Max Liebermann am 7. Mai 1933 gegenüber der Akademie der Künste als Antwort auf eine von Gottfried Benn am 14. März initiierte politische Treueerklärung⁶ der Akademie gegenüber dem neuen Staat sich kurz und eindeutig geäußert hatte: „Hiermit lege ich das Ehrenpräsidium der preuß. Akademie der Künste nieder und erkläre meinen Austritt als Senator sowie als ordentliches Mitglied der Genossenschaft.“ Die Universität bleibt im Amt.

(2) „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“

Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 setzte den Konflikt mit der Studentenschaft fort – weil die Universität dadurch das „Denunziantentum“ in der Universität bestärkt sah, wie Spranger formulierte -, aber es hatte sehr viel deutlichere und tiefergehende Konsequenzen. Wie Sven Kinas in Band 2 gezeigt hat⁷, verlor die Berliner Universität in Folge dieses Gesetzes, ja z.T. schon vorher⁸, und der weiteren Entlassungen und vergleichbarer Maßnahmen zwischen 1933 und 1945 insgesamt 35,1 % ihres Lehrkörpers, absolut 280 von 797 Mitgliedern. Allein an der Universität in Frankfurt am Main waren es prozentual mehr – 36,8 % (absolut 129).

⁵ Vergleichbar sagte der Germanist und Theaterwissenschaftler Max Herrmann zwar, daß es seinem „Ehrgefühl ... auf das entschiedenste“ widerstrebe, „meine akademische Tätigkeit in einem Hause auszuüben“, in dem er als Jude ... beleidigt werde.“ (Jahr 300), wollte das aber nicht als Ausdruck des „Widerstands gegen die nationale Regierung“ verstanden wissen – und entgeht dennoch nicht der Deportation nach Theresienstadt und, 1942, dem Tod.

⁶ „Sind Sie bereit, unter Anerkennung der veränderten geschichtlichen Lage weiter ihre Person der Preußischen Akademie der Künste zur Verfügung zu stellen? Eine Bejahung dieser Frage schließt die öffentliche politische Betätigung gegen die Regierung aus und verpflichtet zu einer loyalen Mitarbeit an den satzungsgemäß der Akademie zufallenden nationalen kulturellen Aufgaben im Sinne der veränderten politischen Lage.“ (zit. nach AdK Blog, 8.5.2008: Ausgeschlossen, ausgetreten: 1933 bis 1938 (eingesehen unter www.adk.de/blog ... 31027 am 25.04.2013).

⁷ Sven Kinas: Massenentlassung und Emigration. In: Geschichte der Universität ... Bd.2, 2012, S. 325-403.

⁸ Der Lehrbeauftragte für Vergleichende Pädagogik, Fritz Karsen, hauptberuflich Direktor der Neuköllner Karl-Marx-Schule und insofern vor 1933 bevorzugtes Opfer von Attacken der Nazis und der Kommunisten gleichermaßen, wird schon im Februar 1933 entlassen.

Es waren auch nicht primär politische Gründe, wie Spranger in Sorge um das „Denunziantentum“ erwartet hatte, und Denunzianten, sogar aktive Verfolger der Kollegen waren auch unter den Ordinarien zu finden, wie der Mathematiker Bieberbach in niederdrückender Aktivität belegt. Seit dem April 1933 waren es im Wesentlichen dem nationalsozialistischen Rassenwahn entsprungene Kriterien und deren Vollstrecker innerhalb und außerhalb der Universität, die für die Entlassung ausschlaggebend waren: Aus politischen Gründen wurden nur 9,3 % aller Entlassungen legalistisch gerechtfertigt, 86,4 % dagegen trafen „Nichtarier“ und auch der Rest der Entlassungen wurde rassistisch begründet. Von diesen Entlassungen waren vor allem die Philosophische und die Medizinische Fakultät betroffen, mit 95 bzw. 133 Entlassungen mit rassistischen Begründungen (von 119 bzw. 136 Entlassungen insgesamt), während es in der theologischen 6 und in der juristischen 19 waren – deutlicher weniger, aber natürlich immer noch zu viele.

Besonders aussagekräftig auch für Strukturprobleme und die seit langem etablierten Mechanismen von Inklusion und Exklusion, die in der Universität schon traditionell regieren, ist die Betrachtung nach Statusgruppen (hier nach Kinas 388f., bes. Tab. 37): 70 % der Entlassungen betrafen Privatdozenten und nichtbeamtete Professoren, immerhin noch ein Viertel der Ordinarien ist betroffen, nahezu ein Drittel der Extraordinarien, 31% der ordentlichen, ein Viertel der übrigen Honorarprofessoren, ein Drittel der Lehrbeauftragten. Man erkennt dabei nicht nur, welche der Fakultäten offen waren für jüdische Gelehrte (getauft oder nicht getauft), sondern auch, dass die Positionen der Ordinarien jüdischen Gelehrten auch in der Weimarer Republik kaum zugestanden wurden. Die deutlich geringere Zahl der Entlassungen aus politischen Gründen betraf Sozialisten und explizite Demokraten, die in der Universität traditionell und auch nach 1918 eine Minderheit bildeten.⁹ Aber ein Pazifist wie der Honorarprofessor für Jugendfürsorge Friedrich Siegmund-Schultze, vor 1918 erst Hofprediger bei den Hohenzollern, dann Gründer der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Ost und einer der inspirierenden Praktiker und Theoretiker der Jugendarbeit und –fürsorge¹⁰, den die Gestapo

⁹ Dazu, für die Zeit vor 1933: Michael Grüttner: Der Lehrkörper 1918-1932. In: Geschichte der Universität ..., Bd. 2, 2012, S. 135-185

¹⁰ Für Leben und Werk Siegmund Schultzes vgl. R. Lindner/F. Fechner/J. Wietschorke/H.-E. Tenorth (Hrsg.): Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1969). Ein Leben für Kirche, Wissenschaft und soziale Arbeit. Stuttgart 2007.

persönlich bis an die Schweizer Grenze escortiert und in wörtlichem Sinne in das Exil stößt, ist ganz selten. Der Privatdozent und Historiker Hajo Holborn aber wird schon entlassen, weil er sich allein öffentlich vor 1933 für den Pazifisten Emil-Julius Gumbel eingesetzt hatte.

Vor allem der latente, starke und kontinuierliche Antisemitismus der Berliner Universität wird 1933 noch einmal sichtbar, und auch in den eher verständnisvollen Reaktionen der nicht-jüdischen Kollegen (auch dazu: Kinas 367ff.). Sie sahen jetzt, 1933, „im Überwiegen des Judentums“, wie der alte diskriminierende Befund seit den 1830er Jahren in den amtlichen Dokumenten heißt, wenn man die sog. „Überfüllung“ der akademischen Berufe problematisiert, erneut eine für sie verständliche, ja legitime Quelle für Entlassungen jüdischer Akademiker insgesamt wie für den Antisemitismus der Studenten; und sie hatten erneut Verständnis für die deutschen Studenten und Jungakademiker, die ihre Karriere durch die jüdische Konkurrenz gefährdet sahen und sich an den Stellen der Entlassenen schadlos hielten – so wie es die Nationalsozialisten vor 1933 den Studenten versprochen hatten, die deswegen auch um 1930 massenhaft und als erste Großgruppe zu den Nazis überschwenkten, auch in Berlin¹¹.

Auch hier ist also Protest eher sehr selten, selbst die Theologen verlangen Treueerklärungen für Adolf Hitler, sorgen für die Durchsetzung von Arierparagrafen und berufen „Deutsche Christen“ auf vakante Lehrstühle¹². Zu den wenigen kritischen Ausnahmen, die man für Personen, nicht für ganze Fakultäten findet, zählt z.B. Wolfgang Köhler, der Psychologe, der sich öffentlich kritisch gegen das Gesetz äußerte; Max Planck votierte für Lise Meitner, Erwin Schrödinger und der Privatdozent der Philosophie Bernhard Groethuysen kritisierten öffentlich die Gesetzesexekution; institutsintern fand sich vielfach personenbezogen Unterstützung, nicht nur der engagiert betriebene Vollzug der Ausgrenzung wie bei Ludwig Bieberbach (vgl. Kinas 381ff).

¹¹ Die Aktionen und die Zahlen für den NS votierenden Studenten in Berlin bei Michael Grüttner: Die Studentenschaft in Demokratie und Diktatur. In: Geschichte der Universität ... Bd. 2, 2012, S. 187-294 sowie Tab. 42, S. 573: Ergebnisse der Wahlen für die Studentenvertretung der Berliner Universität (1919-1932).

¹² Dazu – und exemplarisch für die disziplinbezogenen Detailanalysen der Situation 1933, die Band 5 der Universitätsgeschichte bietet – Notger Slenczka: Die Theologische Fakultät 1880-1945. In: Geschichte der Universität ..., Bd. 5, 2010, S. 53-106, bes. S. 100ff. und den „tiefen Fall einer Fakultät“ seit 1933, wissenschaftlich und politisch

Aber allein von dem Pharmakologen Otto Kraye ist bekannt, dass er sich weigerte, die durch Entlassung eines Kollegen frei gewordene Stelle zu übernehmen (Kinas 372f.).

(3) Bücherverbrennung

Im Kontext dieser Aktivitäten, der politisierenden Agitation der Studenten, euphemistisch-beschönigender Reaktionen von Professoren und des Rektors sowie massiver und inneruniversitär gestützter und meist passiv hingenommener Entlassungen findet am 10. Mai die Bücherverbrennung statt, nicht nur in Berlin und auf dem Opernplatz, sondern in ganz Deutschland. Neben den bekannten Akteuren – Studenten und SA – hat das Berliner Ereignis seine besondere Prominenz und Nachwirkung durch die aktive und filmisch überlieferte Teilnahme von Goebbels gewonnen. Ich will einen anderen, berlintypischen Aspekt betonen, nämlich die Rolle des Professors für politische Pädagogik Alfred Baeumler und damit die breite und engagierte legitimatorische Unterstützung, die der NS-Staat bei Professoren gewinnen kann.

Im April 1933 ohne Mitwirkung der Universität und zum Entsetzen Sprangers¹³ in dieses Amt berufen, im Umkreis um den NS-Ideologen Alfred Rosenberg aktiv, hielt Baeumler am 10. Mai seine Antrittsvorlesung¹⁴ und fordert am Ende die Studierenden auf: „Sie ziehen jetzt hinaus, um Bücher zu verbrennen, in denen ein uns fremder Geist sich des deutschen Wortes bedient hat, um uns zu bekämpfen.“ Verbrannt werden dabei neben der prominenten schönen Literatur der Weimarer Zeit auch Schriften von Theoretikern, vor allem solchen, die auch vorher schon in der Universität keine Heimstatt gefunden hatten, sondern bewusst ausgegrenzt worden waren. Das gilt natürlich für die Schriften von Marx und der ihm folgenden marxistischen Literatur, aber es gilt auch für die Psychoanalyse, die ebenfalls keinen Ort in der Berliner Universität gefunden hatte. Die Medizinische Fakultät z.B. hatte bald nach 1920 explizit die Lehre von Karl Abraham ausgegrenzt, die Philosophische erneut nach 1931 die Aufnahme der Freudschen Psychoanalyse verweigert, selbst in der schwachen Form eines Lehrauf-

¹³ Spranger fühlte sich im Wesentlichen in seinem Verständnis akademischer Autonomie übergegangen, aber auch deshalb gekränkt, weil er meinte, die nationale politische Erziehung der Studenten selbst besser bereits betrieben zu haben und auch künftig betreiben zu können.

¹⁴ Abdruck der Antrittsvorlesung vom 10. Mai 1933 in Berlin in: Alfred Baeumler: Männerbund und Wissenschaft. (1934) 7.-12. Tausend 1943, S. 123-138.

trags für den Marxisten und Psychoanalytiker Siegfried Bernfeld, wahrscheinlich der prominenteste Laie, also Nicht-Mediziner, in der Freudschen Bewegung¹⁵. Auch die Arbeiten des Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld werden verbrannt, die schon vor 1933 ohne Anerkennung in den Wissenschaften und in der Universität waren. Aber, Exklusion aus dem Kreis der anerkannten Theorie ist das eine, die aggressiv-offensive Rechtfertigung von Verbrennung das andere. Für Baeumler z.B. ging es in diesem zugleich symbolischen und faktischen Akt um mehr als um Bücher, es ging um die Demonstration dessen, was Nationalsozialismus bedeutet, nämlich „die Ersetzung des Gebildeten durch den Typus des Soldaten“. „Die Epoche des Gewissensfreiheit, des Individualismus“ sei vorbei, jetzt könnten die „Symbole“ des Staates nicht mehr angegriffen werden, denn in Adolf Hitler, so seine These für die Studenten, fielen Symbol, Ideal und Realität des neuen Staates als der neuen Erziehungswirklichkeit zusammen – der Philosoph kennt also 1933, anders als früher, die Differenz von Realität und Norm, Ideal und Praxis nicht mehr, sie sind für ihn zur Einheit verschmolzen. Nur das „Wort“ muss für diese neue Einheit noch gefunden werden; und darin sah er die neue Aufgabe der Philosophie.

(4) Sacrificium intellectus – Wissenschaft und Verbrechen

Ähnliche Dementis eigener Denkformen, Begründungsmuster und methodisch begründbarer Reflexion finden sich auch bei anderen Hochschullehrern. Carl Schmitt, ebenfalls nach 1933 rasch und ohne die Fakultät berufen, der das sacrificium intellectus 1934 für das Recht formuliert und alle theoretischen Reserven gegen die Praxis des Staates über Bord wirft, steht nicht allein. In der auslandswissenschaftlichen Fakultät praktizierte Franz Alfred Six aggressiven Nationalsozialismus und vergleichbar war der Jurist und SS-Führer Reinhard Höhn aktiv – beide machen nach 1945 Karriere in Westdeutschland, anders als Baeumler, der keinen Platz mehr im Universitätssystem

¹⁵ Vgl. Brigitte Kaderas: Karl Abrahams Bemühungen um einen Lehrauftrag für Psychoanalyse an der Friedrich-Wilhelms-Universität, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 1 (1998), S. 205–232, Heinz-Elmar Tenorth: „Unnötig und unerwünscht“ – Siegfried Bernfeld und die Universitätspädagogik. In: Jugend, Erziehung und Psychoanalyse. Zur Sozialpädagogik Siegfried Bernfelds, hrsg. v. Hörster, Reinhard/Müller, Burkhard, Neuwied/Berlin 1992, S. 23–40; ders., Sigmund Freud über Siegfried Bernfeld. Ein „Lehrauftrag für psychoanalytische Pädagogik“ an der Universität Berlin. In: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 5 (1999), S. 301–312.

finden darf (aber sich selbst als Opfer des Nationalsozialismus stilisiert¹⁶). Aktive Mitwirkung an nationalsozialistischen Vernichtungsplänen zeigt der Geograph Konrad Meyer, jetzt in der Ausarbeitung von Plänen für den Generalplan Ost mit, der Anthropologe Eugen Fischer arbeitet ohne Skrupel an rassistischen Forschungen, der Mediziner Max de Crinis, ganz gegen den hippokratischen Eid, an der Aktion T 4 und der Ermordung geistig behinderter Menschen. Jens Thiel hat in der Universitätsgeschichte in erschreckender Dichte die aktive Mitwirkung von Professoren und Nachwuchswissenschaftlern der Universität zu Berlin an Verbrechen der Nazis vor und während des Krieges dargestellt¹⁷.

Seine Abschnitte über „Zivilcourage“ (498-504) oder „Widerstand“ (505-516) sind deutlich kürzer, aber nicht ganz ohne Belege. Er findet solche Praxis u.a. bei dem Slawisten Max Vasmer, der Abraham Heller promovierte, bevor der nach Palästina emigrierte, das ist ein Exempel für Solidarität zwischen Doktorvätern und Doktoranden, so wie sich die Unterstützung durch Kollegen findet, wie sie der Kunsthistoriker Werner Weisbach durch den Theologen Hans Lietzmann erfuhr, der ihm den Zugang zu Bibliotheken wieder eröffnet. Aber das bleiben Einzelfälle. Aktiver, politisch begründeter Widerstand ist noch seltener, wie die knappe Liste von Elisabeth Schiemann über Theophron Runze und Dietrich Bonhoeffer, von Johannes Popitz bis zu Robert Havemann und Georg Groscurth sowie zu den Harnacks, Arvid und Mildred Harnack-Fish, oder Alfred Haushofer belegt. Aber es sind dann doch Namen, die im öffentlichen Bewusstsein der Disziplinen und der Universität wenigsten zum Teil bewahrt sind, während selbst die meisten Fachvertreter heute die Täter, die sich in ihren Disziplinen bewegt haben, nicht immer kennen und noch seltener systematisch und ernsthaft als Problem ihrer eigenen Fachtraditionen sehen und diskutieren.

(5) Die Gegenwärtigkeit der Vergangenheit

¹⁶ Baeumler, Marianne/Brunträger, Hubert/Kurzke, Hermann: Thomas Mann und Alfred Baeumler. Eine Dokumentation. Würzburg 1989; dort findet sich (S. 192–202) auch ein Text, in dem Baeumler seine Rolle im NS-Staat zeichnet und sich sogar als einen „Verteidiger der Freiheit des Geistes“ (S. 199) stilisiert.

¹⁷ Jens Thiel: Der Lehrkörper der Friedrich-Wilhelms-Universität im Nationalsozialismus. In: Geschichte der Universität ..., Bd. 2, 2012, S. 465-538, bes. S. 525 ff.

Das führt zu meiner Schlussfrage, nach der Gegenwärtigkeit der Vergangenheit, die ich hier in aller Knappheit und nur exemplarisch für unsere Universität in ihren unterschiedlichen Dimensionen angezeigt habe. Grundsätzlich wage ich es zu sagen, dass die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Universität eine eigene und lange Tradition hat. Das geschah schon zu Zeiten der DDR, wenn auch in der ihr eigenen Perspektive, wie sich an der Stele im Innenhof der Universität ablesen lässt. Nach 1990 gab es neue und unterschiedliche Aktivitäten, die in dieser Dichte, Sequenz und Kontinuität keineswegs für alle anderen deutschen Universitäten zu erkennen sind: auf der Basis von Arbeiten von Peter Nolte fand die Ausstellung und Veranstaltung „Kommilitonen von 1933“ statt, bis heute arbeitet Steffen Rückl an einer umfassenden Analyse der Zwangsexmatrikulationen, Entlassungen und der Aberkennung von Dokortiteln nach 1933, 2005 sind im Auftrag einer Senatskommission nach einer Ringvorlesung die beiden Bände über „die Berliner Universität in der NS-Zeit“ erschienen sowie Spezialstudien für die Medizinische Fakultät, die Debatten über den Generalplan-Ost sind nicht nur innerhalb der LGF immer wieder aufgeflammt und zum Thema eigener Forschungen geworden, schließlich, es gibt seit langem eine studentische Arbeitsgruppe zum 10. Mai, die kontinuierlich sich den Bücherverbrennungen widmet, und 2010 bzw. 2012 sind ja auch die einschlägigen Bände der Universitätsgeschichte erschienen. Dennoch habe ich den Eindruck, dass die Vergangenheit eher historiographisch und expertenhaft als alltäglich im Wissen aller Mitglieder der Universität präsent ist. Schon gar nicht ist diese Geschichte, jenseits der Stele und der Gedenktafel für die Bücherverbrennung (das Denkmal auf dem Bebel-Platz ist ja nicht universitär geboren), material gegenwärtig, so sperrig, dass sie auch im Alltag der Universität und ihrer Mitglieder unausweichlich bewusst ist – in den Tätern wie in den Opfern. Man kann immer noch durchs Hauptgebäude gehen und den Eindruck gewinnen, dass die Feuerbach-These der Erläuterung bedarf, dass die Nobelpreisträger für die gute Tradition stehen oder, in anderen Fluren, Mommsen oder Schleiermacher oder die Rektoren nach 1945, und dass man sich der prominenten Frauen erinnern soll, die sich gegen alle Vorurteile durchgesetzt haben – aber die Ambivalenz der Geschichte ist so nicht präsent. Das gilt wohl auch für die einzelnen Fächer und Fakultäten, wie man sieht, wenn man an Ausnahmen erinnert: Die Mathematiker in Adlershof haben ihr Haus nach dem in

die Emigration getriebenen Theoretiker John von Neumann benannt; die Psychologen ihr Institut nach Wolfgang Köhler; die Pädagogen zwar nicht Eduard Spranger als ihren Patron gewählt, aber auch nicht Friedrich Siegmund-Schultze; in der Juristischen Fakultät erinnern Gedenktafeln an ausgeschlossene Mitglieder und James Goldschmidt wurde zum Namensgeber des Instituts für Kriminalwissenschaften und Juristische Zeitgeschichte¹⁸. Im Kontext des Jubiläums sind hier und da Disziplin- bzw. Fakultätsgeschichten entstanden (manchmal auch schon früher). Eine umfassende disziplinäre Selbstvergewisserung über die Überlieferung kann man das dennoch nicht nennen und die Gesamtgeschichte der Universität ersetzt solche einzelfachlichen Anstrengungen auch nicht.

Plant man solche Aktivitäten, gestützt vielleicht auch durch Anreize, wie sie Stipendien darstellen können, oder durch Verankerung in Studienordnungen als Bestandteil disziplinärer Selbstreflexion, dann sollte auch die Perspektive dieser Arbeit deutlich sein; denn es kann ja nicht darum gehen, in der Betrachtung der universitären Überlieferung eine pseudokritische „Kultur des Denunziatorischen“¹⁹ zu installieren, wie Bernhard Schlink kritisch gewarnt hat, als er das – fehlende – Geschichtsbewusstsein der Jura-Studenten notierte, das er alltäglich erlebt (und das wohl nicht nur dort zu erleben ist). Die Universität zu Berlin zeigt auch 1933 ihr eigenes Profil, „keine nationalsozialistische Musteruniversität, aber auch kein Hort des Widerstands“²⁰, so lautet die distanzierte historische Diagnose, aber das kann angesichts des Selbstbilds der Universität nicht beruhigen. Unsere Universität präsentiert eine Überlieferung besonderer Art, in der bewahrens-werte Traditionen und ein belastendes Erbe zugleich präsent sind. Damit erinnernd und gedenkend, reflexiv und selbstkritisch, lehrend und forschend umzugehen, das ist die ungelöste Aufgabe und die Herausforderung, mit der uns das Jahr 1933 heute, im Mai 2013, konfrontiert.

¹⁸ In der Sitzung des Konzils haben die Kollegen aus Adlershof weitere Benennungen ergänzt- die Physik z.B. als Lise-Meitner-Haus – und auf Stipendien verwiesen, die nach Emigranten benannt sind (und die es auch in der Philosophischen Fakultät, mit einem Fritz-Karsen-Stipendium gibt). Aber die weitgehende Unkenntnis bzw. Nichtsichtbarkeit dieser Erinnerungsakte belegt eher die behauptete geringe Präsenz, als dass sie die Mängeldiagnose widerlegt.

¹⁹ Bernhard Schlink: Die Kultur des Denunziatorischen. In: Merkur 745, 65(2011), S. 473-486.

²⁰ Anne Ch. Nagel: Die Universität im Dritten Reich. In: Geschichte der Universität ..., Bd. 2, 2012, S. 405-464, zit. S. 463.